

Schwerbehindertenvertretung, soziale Netzwerke und Kompetenz stärken

Bad Segeberg war vom 05. – 09. Mai Veranstaltungsort der 34. Jahresarbeitstagung der Gesamt- und Hauptschwerbehindertenvertretungen der Polizei des Bundes und der Länder.

Der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein Andreas Breitner sowie der Landespolizeidirektor Ralf Höhs begrüßten die 30 Teilnehmer aller Bundesländer, des BKA und der Bundespolizei. In seinen beeindruckenden Grußworten legte der Innenminister einen großen Stellenwert auf die Inklusion von Menschen mit Behinderung in der Polizei Schleswig-Holstein, nicht nur im Tarifbereich, sondern auch im Polizeivollzug.

Die antiquierte Denkweise, Menschen mit Behinderung sind generell nicht belastbar – nicht so leistungsstark wie gesunde Mitarbeiter, gehört für ihn der Vergangenheit an. Auch wenn die Anforderungen im Polizeivollzugsbereich stetig steigen, ist es trotzdem für Menschen mit Behinderung möglich, diese Aufgaben zu erfüllen.

Die Arbeit der Schwerbehindertenvertretungen hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Landespolizeidirektor Höhs bestätigt in seinen Ausführungen zum Gesundheitsmanagement, dass die Fachkompetenz der Schwerbehindertenvertretungen und die gemeinsamen frühzeitigen Bemühungen um Gesundheitsprävention und Wiedereingliederung wichtige Erfolgsfaktoren sind. In der anschließenden konstruktiven und sehr anregenden Diskussion wurden die individuellen Lösungsansätze und Erfahrungen der Länder ausgetauscht.

Die diesjährige Tagung stand unter dem Leitthema „**Handlungsempfehlungen für die Beurteilungen von behinderten Beschäftigten in der Polizei der Bundes und der Länder**“.

Eine Arbeitsgruppe hatte sich bereits in Vorbereitung der Tagung intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt, die Beurteilungsrichtlinien der Länder und die Entwicklung der Rechtsprechung zu diesem Schwerpunkt ausgewertet. Die erarbeiteten Handlungsempfehlungen waren eine wichtige Diskussionsgrundlage und können den Schwerbehindertenvertretungen zukünftig als eine hilfreiche Arbeitsgrundlage dienen.

Ein Höhepunkt der Tagung war die Besichtigung und der Erfahrungsaustausch mit dem Betriebsrat und der Schwerbehindertenvertretung im Dräger-Werk in Lübeck. Die breite Palette der vielfältigen Sicherheitsprodukte für Gesundheit, Sicherheit und Leben waren für viele Teilnehmer überraschend. Das vorbildliche Gesundheitsmanagement im Unternehmen machte überzeugend deutlich, dass hier der Mensch im Mittelpunkt steht und mehr als nur ein Wirtschaftsfaktor ist.

Mit Impulsen für unsere Arbeit starteten die Teilnehmer am vorletzten Tag in Workshops, um aktuelle Schwerpunkte und Themen unserer Arbeit zu erörtern. Im Ergebnis wurde eine Arbeitsgruppe „**Barrierefreiheit in der Polizei**“ beschlossen.

Ziel ist es, u.a. für Bestandsgebäude in der Polizei Mindestanforderungen der Barrierefreiheit zu definieren und durch die Bündelung von Fachwissen im Bereich barrierefreie IT-Anwendung und barrierefreien Bauen Hilfestellung zu geben.

Das Thema „**Diabetes mellitus in der Polizei**“ ist immer wieder Anlass für Diskussionen landauf - landab. Die Mitglieder dieses Workshops sind aus dem bundesweiten Erfahrungsaustausch zu dem Ergebnis gekommen, dass es in der Mehrzahl der Bundesländer eine angemessene individuelle Einzelfallprüfung und -lösung gibt.

Jedoch wird im Umgang mit diesem Thema die Notwendigkeit einer weiteren Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung aller Beteiligten gesehen. Im Sprachgebrauch sollte deutlich werden, dass es angesichts der unterschiedlichen und vielfältigen Krankheitsauswirkungen nicht „den Diabetiker gibt“. Die individuellen Auswirkungen der Erkrankung im konkreten Einzelfall sind ausschlaggebend und müssen Grundlage für eine ergebnisoffene Prüfung der funktionsbezogenen Weiterverwendung im Polizeivollzugsdienst sein. Diese sind durch die Weiterentwicklung im medizinischen wie therapeutischen Bereich besser als noch vor 10 Jahren.

Gute Sport- und Gesundheits-Präventionsprogramme tragen dazu bei, der Entstehung dieser Erkrankung entgegenzuwirken.

Einig waren sich die Teilnehmer bei der weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Fachverbänden, aber auch die Kontaktaufnahme zu politisch Verantwortlichen.

Die Einladung der Hauptschwerbehindertenvertretung der Polizei NRW, Frau Erika Ullmann-Biller und Mitglied des Vorstandes unserer Arbeitsgemeinschaft zum Fachgespräch der CDU/CSU und SPD in den Bundestag am 08. Mai 2014, neben geladenen Fachleuten wie Herrn Prof. Franz Josef Düwell, Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht a. D., Vertretern von DGB, Verdi, Vertretern des Arbeitgeberverbandes und anderen, bringt die Wertschätzung und Akzeptanz der Fachkompetenz der Schwerbehindertenvertreter zum Ausdruck.

Alle waren sich einig, dass das SGB IX ein gutes Gesetz ist, aber es muss zu einem Behindertengesetz im Sinne der Inklusion weiterentwickelt werden.

Jeder Verkehrssünder wird für Verstöße entsprechend bestraft, die Verletzung der Menschenrechte im Schwerbehindertenrecht darf nicht sanktionslos bleiben.

Wir werden uns aktiv einbringen und Inklusion mit gestalten.